

## Entschließungsantrag

---

der BundesrätInnen Daniela Gruber-Pruner, Doris Hahn,  
Genossinnen und Genossen

### **betreffend: Wir dürfen kein Kind zurücklassen**

eingebraucht im Zuge der Debatte zu Top 1.

Die derzeitige Situation durch die Einschränkung des Kindergarten- und Schulbetriebs ist zweifelsohne für alle Eltern und SchülerInnen eine Herausforderung. Es ist für Kinder und Eltern, aber auch LehrerInnen, eine noch nie in der Art und Weise erprobte Situation. Das schlimmste dabei ist: das Bildungsministerium gibt derzeit kaum Anhaltspunkte dafür, wann und wie es weitergehen wird. Damit tappen alle Beteiligten im Dunkeln. Bei allem Verständnis, dass Gesundheitsschutz Priorität hat und es schwierige Abwägungen zu treffen gilt, braucht es für Eltern und SchülerInnen ein Mindestmaß an Planbarkeit und Sicherheit. Es geht hier um 1,1 Mio. SchülerInnen, denen man gerade die Möglichkeit von Schule und Unterricht raubt. Es geht aber nicht nur um die Lernsituation, sondern vor allem auch um die Betreuungssituation. Dieses Mindestmaß an Klarheit – z.B. konkret die Frage, wer die Kinder betreuen soll, wenn die Wirtschaft wieder langsam hochgefahren wird, Schulen aber gleichzeitig geschlossen bleiben – wird derzeit durch das Ministerium nicht geschaffen. Im Gegenteil, Unsicherheit wird durch vage Ankündigungen und ein Abschieben der Verantwortung an die LehrerInnen sogar verstärkt. Es sollte selbstverständlich sein, dass die Bundesregierung alles erdenklich Mögliche unternimmt, um für jede einzelne Schülerin, für jeden einzelnen Schüler alles gibt, um aus der Situation das Beste zu machen.

Vor allem gilt es einen Blick dafür zu haben, welche Gruppen es gerade besonders schwer haben. Eine Umfrage der Bildungsinitiative „Teach for Austria“ kommt etwa zu dem Ergebnis, dass rund 20 Prozent der SchülerInnen an Brennpunktschulen für ihre LehrerInnen nicht erreichbar sind – meist wegen fehlender Hardware oder schlechter Internetverbindung, wie in der Umfrage erläutert wird. Eigentlich sollte es selbstverständlich sein, dass diese SchülerInnen mit entsprechender Technik ausgestattet werden. Wenn Unterricht nicht an den Schulen stattfindet hat das Unterrichtsministerium für entsprechende Unterrichtsmaterialien zu sorgen.

Dieses Fünftel aller SchülerInnen lebt meist in Haushalten, in denen die Eltern aufgrund der oben skizzierten Situation nicht in ausreichendem Maße beim Homeschooling unterstützen können. Zur fehlenden Technik kommen teilweise beengte Wohnverhältnisse hinzu, die nur wenig Möglichkeiten, sich zurückzuziehen und eine ruhige Lern- und Arbeitsumgebung zu finden, bieten. Für Kinder, die im Rahmen von Deutschförderklassen überhaupt erst die Deutsche Sprache erlernen, ist die Art des Unterrichtens und Lernens besonders schwer zu bewältigen. Die Sorgen der Eltern wirken sich auch auf das psychische Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen aus und beeinträchtigen die Lernbereitschaft noch zusätzlich.

Wenn jetzt über mehrere Wochen, oder sogar Monate, die SchülerInnen vom Schulbetrieb auf Distanz, de facto ausgeschlossen oder abgeschnitten sind, hat das dramatische Folgen. Sie verlieren dadurch einerseits wertvolle Bildungszeit, die sie auch nach der Corona-Zeit kaum aufholen können werden. Andererseits können sie Schule als sozialen Ort nicht erleben und die unterschiedlichen Interaktionen mit den KlassenkollegInnen und mit den Lehrkräften, die niemals zu 100% durch E-Learning und Homeschooling ersetzt werden können. Diese Interaktionen sind ein wesentlicher Teil des Lernprozesses (Gruppenarbeiten, kollaboratives Arbeiten, Diskussionsprozesse, direkte Nachfragemöglichkeiten, etc.)

Wir dürfen diese Kinder und Jugendlichen nicht zurücklassen!

Es braucht dringend ein Maßnahmenpaket genau für diese Zielgruppe, das unter anderem folgende Bereiche umfassen sollte:

Alle SchülerInnen, aber auch die Lehrkräfte müssen so digital ausgestattet sein, dass sie das Homeschooling gut bewältigen können. Das umfasst nicht nur geeignete Geräte, sondern auch die entsprechende vorinstallierte und kompatible Software, Internetzugang und Schulung für Support bei der Nutzung. Hier gab es bisher grobe Versäumnisse, die dringend behoben werden müssen.

Das muss auch die aufsuchende Kontaktaufnahme durch Betreuungspersonen umfassen. Wir wissen, dass im Bereich der Schulsozialarbeit in den letzten zwei Jahren eingespart wurde und dementsprechend viel zu wenig Ressourcen pro SchülerInnen vorhanden sind. Hier müssen verschiedene Berufsgruppen ein enges Netz rund um die gefährdeten SchülerInnen knüpfen. Auch das sollte selbstverständlich sein.

SchülerInnen, die im ersten Semester negativ beurteilt wurden, machen sich jetzt extreme Sorgen, ob sie die Note noch ausbessern und aufsteigen können. Die Phase des Heimunterrichts kann nicht als faires Beurteilungskriterium herangezogen werden. Viele SchülerInnen haben somit keine realistische und faire Chance sich die Noten auszubessern. Dies sollte einheitlich in dem Sinne geklärt werden, dass es heuer kein Sitzenbleiben gibt.

Problematisch ist außerdem, dass schulautonom festgelegt werden soll, ob neuer Stoff gemacht wird, oder nicht. De facto wird das dann von den einzelnen LehrerInnen abhängen. Damit werden unterschiedliche Voraussetzungen, v.a. für jene, die nächstes Jahr in die 1. Klasse AHS/NMS kommen oder in die Sekundarstufe II wechseln, geschaffen. Zu fürchten ist auch, dass der Druck auf die Eltern extrem steigt, wenn sie neuen Stoff beibringen müssen. Hier muss das Ministerium Klarheit für alle schaffen, in welchen Fächern und in welchem Ausmaß neue Lehrinhalte gemacht werden sollen.

Auch bei den Überlegungen rund um die schrittweise Öffnung der Schulen nach der Corona-Zeit muss diese Zielgruppe besonders bedacht werden. Bis hin zu umfangreichen Sommer-Angeboten, speziell für diese Zielgruppe.

Die vorgelegten Überlegungen sind bei weitem nicht vollständig, aber in diesem Sinne stellen die unterzeichneten Bundesrätinnen und Bundesräte folgenden

### **Entschließungsantrag**

*Der Bundesrat wolle beschließen:*

„Der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung wird aufgefordert, umgehend für Klarheit und Planbarkeit für SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen zu sorgen. Darüber hinaus wird er aufgefordert, ein Maßnahmenpaket zu schnüren und vorzulegen, das speziell auf jene SchülerInnen abzielt, die in der derzeitigen Ausnahmesituation im Bildungsbereich zurückzufallen drohen. Jede Woche, die hier verstreicht, ist wertvolle Bildungszeit für diese SchülerInnen, die in der gesamten Bildungskarriere kaum wieder aufgeholt werden kann. SchülerInnen auf Basis der Leistung im Rahmen des Heimunterrichts zu benoten und diese durch „Sitzenbleiben“ zu bestrafen wäre unfair. Jede SchülerIn soll daher automatisch berechtigt sein in die nächste Klasse aufzusteigen und durch die Unterstützung der Lehrerinnen und Lehrer eine faire Chance erhalten den Lehrstoff aufzuholen.“



Gruber - Brunner



Ad. V. -



